

Samstag, 2. September 1995

Insel-Auflagen scheinen absurd

Nackenheimer Rat verurteilt neue Forderung des Wasser- und Schiffsamtes

m. NACKENHEIM — Die Planungen der Rheinelektra zur Verlegung eines Kabels, um die Insel Kisselwärdh mit Strom zu versorgen, konnten wegen der neuen Auflagen des Wasser- und Schiffsamtes noch nicht abgeschlossen werden. Das Amt fordert jetzt Masten, die so hoch sind, daß die Leitung bei angenehmem Jahrhunderthochwasser noch zwölf Meter über dem Mühlarm liegt, damit Segelboote mit hohen Masten diese Stelle noch passieren können.

Bürgermeister Bardo Kraus bemerkte dazu in jüngster Ratssitzung, daß diese Forderung völlig unverständlich sei. Schon alleine deshalb, weil die Durchfahrt des Mühlarms an dieser Stelle für jeglichen Bootsverkehr gesperrt ist. Die Segelboote müßten sowieso die Nachenstraße zum Rhein benutzen. Klärende Gespräche mit den zuständigen Ämtern seien da wohl unumgänglich.

Es entstünde der Eindruck, die

Behörden wollten einen genau fixierten Vertrag von 1976 hintertreiben, betonte CDU-Sprecher Heinz Hassemer. Damals seien der Gemeinde auf der südlichen Insel eine große und drei kleinere Veranstaltungen schriftlich zugebilligt worden. Das jüngste Fest des Männergesangsvereins 1857 sei, nachdem der Verein alle Auflagen erfüllt hatte, daran gescheitert, daß nach Entfernung der DLRG-Fähre die Anlandegenehmigung ungültig geworden sei. Wie hier die Behörden mit den Bürgern umgingen, sei völlig unverständlich.

Reinhold Sans (FWG) sah die geforderten Masten in den Himmel ragen. Sie würden sicherlich keine Chance auf Genehmigung haben, ironisierte er die erneuten Auflagen. Die Mainzer Theodor-Heuss-Brücke habe wie andere Brücken auch eine gewisse Höhe bei normalem Wasserstand. Bei höherem Wasserstand müßten die Schiffe die Aufbauten

umlegen oder einziehen. Wenn das nicht mehr reiche, werde der Strom gesperrt. In Nackenheim dagegen soll den Segelbooten in einem gesperrten Abschnitt bei Höchstwasserstand die Durchfahrt noch ermöglicht werden. Dies sei doch absurd. Frieder Stauder (BLN) dementierte Gerüchte im Ort, wonach die Nichtgenehmigung des MGV-Inselfestes etwas mit dem Naturschutz zu tun habe. Stauder gab allerdings zu bedenken, daß die geforderten Masten mit einer Höhe von etwa 21 Metern sicherlich Genehmigungsprobleme hätten. „Es ist ein trauriges Spiel, wie die Insel den Bürgern vermiest wird“, bemerkte Michael Mogk (SPD). Alle Ortsparlamentarier müßten jetzt auf das zugesagte Recht pochen.

Das Planfeststellungsverfahren für die Verrohrung des Eichelsbachs in der Weinbergstraße und Langgasse sei abgeschlossen, teilte das Ortsobhaupt mit.